



Unabhängige Wählergemeinschaft Butzbach

Butzbach, 08.02.2011

**Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,
sehr geehrte Damen und Herren,**

die UWG muss mit einigem Unverständnis leider zur Kenntnis nehmen, dass das von uns gewünschte vielfältige Schulangebot in Butzbach insbesondere die Umwandlung der Stadtschule in eine Kooperative Gesamtschule aufgrund der Vorgaben des hessischen Schulgesetzes nicht realisierbar ist.

Wir bedauern dies sehr, zeigt doch gerade die Singbergschule als KGS in Wölfersheim mit 2 Hauptschul- 3 Realschul- und 3 Gymnasialklassen, dass das Bildungsangebot einer Kooperativen Gesamtschule seitens der Schülerinnen und Schüler enorm nachgefragt wird.

Das Schulgesetz, welches eine KGS in Butzbach verhindert, liegt jedoch in der Verantwortung der Regierungskoalition von FDP und CDU des hessischen Landtages.

Leider scheinen Schülerzahlen und finanzielle Aspekte mehr zu zählen als vielfältige unseren Kindern gerecht werdende Bildungschancen.

Wir hätten uns gewünscht, dass die rückläufigen Schülerzahlen dazu genutzt werden, um in kleineren Klassen die Förderung jedes einzelnen Schülers zu verbessern, anstelle Bildungsangebote zu verringern.

Die dabei zunächst scheinbare Einsparung finanzieller Mittel könnte sich als Trugschluss erweisen. Wer an der Bildung unserer Kinder spart, muss möglicherweise anschließend in den Bereichen Soziales, Polizei und Justiz wesentlich mehr Geld ausgeben.

Auch wenn wir zutiefst bedauern, dass die Umwandlung der Stadtschule zu einer Kooperativen Gesamtschule zur Zeit zumindest nicht möglich ist, ist uns natürlich bewusst, dass es auch Schülerinnen und Schüler gibt die sich den Besuch einer Integrierten Gesamtschule wünschen.

Die UWG Butzbach betreibt keine Blockadepolitik nach dem Motto: Wenn es keine KGS in Butzbach gibt, dann soll es auch keine IGS in Butzbach geben. Wir möchten ein möglichst vielfältiges Bildungsangebot in Butzbach.

Die heute der Stadtverordnetenversammlung vorliegende Resolution zur schnellstmöglichen Umwandlung der Schrenzerschule in eine Integrierte Gesamtschule wird von der UWG als einzige derzeit nach dem hessischen Schulgesetz realistische Möglichkeit zur Einrichtung einer Gesamtschule und damit der Erweiterung des Bildungsangebotes in unserer Stadt mitgetragen.

Dies allerdings auch unter dem Aspekt, dass diese Resolution Entwicklungsmöglichkeiten der Stadtschule beinhaltet.

Gudrun Reineck
UWG Fraktion